

Vorlage Nr. 101.16.1718

Kommunale Koordinierung der Ausbildungssituation

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert einen „Runden Tisch“ zur Ausbildungssituation in Kassel mit folgenden Schwerpunkten einzurichten

- Bestandsaufnahme der in Kassel bereits durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation
- Steigerung der Anzahl von Ausbildungsverträgen
- Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität beruflicher Ausbildung in gering nachgefragten Ausbildungsberufen entwickeln
- Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife für Jugendliche im schulischen – und außerschulischen Bereich

Folgender Teilnehmerkreis soll hierzu mindestens eingeladen werden:

- VertreterInnen der AFK und der Arbeitsagentur
- VertreterInnen der Gewerkschaften
- VertreterInnen der Arbeitgeberverbände
- VertreterInnen der Stadt Kassel
- VertreterInnen der Kammern
- VertreterInnen des Staatlichen Schulamtes der Stadt und des Landkreises Kassel des Kasseler Übergangsmanagements sowie VertreterInnen von Jafka

Begründung:

In Kassel werden bereits viele erfolgreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation umgesetzt. Dazu gehören u. a. Maßnahmen der Agentur für Arbeit, der AFK und des Kasseler Übergangsmanagements. Allerdings ist festzustellen, dass das gesellschaftspolitische Ziel, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen noch nicht erreicht ist. Andererseits bleiben in vielen Betrieben Ausbildungsplätze unbesetzt. Die Gründe hierfür sind umfangreich. Einerseits wird mangelnde Ausbildungsreife der jugendlichen Schulabgänger als Grund genannt, andererseits fehlen den SchulabgängerInnen oftmals Informationen über die Vielfalt von Ausbildungsmöglichkeiten. Es erscheint so, dass offensichtlich eine große Anzahl von Ausbildungsberufen den Jugendlichen nicht bekannt sind oder als unattraktiv angesehen werden. Gleichwohl steigen die Anforderungen, die an Auszubildende in den jeweiligen Berufen gestellt werden, immer weiter an. So bleibt mancher Ausbildungsplatz unbesetzt, da ein erhöhter Betreuungs- und Ausbildungsaufwand gescheut wird und z. T. auch nicht zu leisten ist. Jugendliche mit schulischen oder persönlichen Schwächen bleiben oft chancenlos auf dem Ausbildungsmarkt.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Karl Schöberl

Anke Bergmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne